

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Bauausschusses

am 13.06.2007 im Stadthaus, Raum 108

Beginn: 19.00 Uhr, Ende: 20.50 Uhr

Beratungspunkte

Öffentlicher Teil

- A 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
- A 2. Anträge zur Tagesordnung
- A 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Bauausschusses am 24.05.2007
- A 4. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse
- A 5. Verkehrskonzept
- A 6. Schulberg, Verkehrskonzept
hier: Hol- u. Bringverkehr
Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen von CDU, SPD und B'90/GRÜNE
- A 7. Bebauungsplan Nr. 98 für das Gebiet östlich des Grambeker Weges, südlich der Bürgermeister-Oetken-Straße, westlich der Behindertenwerkstätten, nördlich des Waldes
hier: Aufstellungsbeschluss
- V 8. Bebauungsplan Nr. 89 der Stadt Mölln für das Gebiet zwischen Grambeker Weg und Delvenauweg sowie westlich Delvenauweg
hier: Satzungsbeschluss
- V 9. Regionales Einzelhandelskonzept für die Region Mölln
hier: Grundsatzentscheidung
- V 10. 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes Stadt Mölln 2007
- A 11. Bekanntgaben / Anfragen
 - 11.1 4. Zukunftswerkstatt „Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg“
 - 11.2 Schulberg, Sportanlagen
 - 11.3 Neubau Mensa „Auf dem Schulberg“
hier: automatische Lüftung Speisesaal
 - 11.4 Gymnasium/Sonnenschutz
 - 11.5 Regionales Einzelhandelsforum Lübeck
 - 11.6 Wohnmobilstellplatz Schwanenhof
 - 11.7 Transparent Wallstraße
 - 11.8 Gadebuscher Straße/Gullydeckel

Nichtöffentlicher Teil

- A 12. Bekanntgaben / Anfragen
 - 12.1 Parkdeck
 - 12.2 Wasserturm
 - 12.3 Bundeswehrverwaltungsschule
 - 12.4 Hauptstraße 126

- A 13. Kontrolle der Verwaltung
 - 13.1 Eingegangene Bauanträge
hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Öffentlicher Teil

- A 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Anwesenheitsliste

	Name	Bemerkungen
Stadtvertreter:		
Vorsitzende: 1. stellv. Vorsitzender 2. stellv. Vorsitzender	Ratsherrin Gehrman	
	Ratsherr Zdarsky	
	Ratsherr Jahnke	
	Ratsherr Leppek	
	Ratsherr Gronninger	fehlt –siehe Vertreter-
	Ratsherr Voß	
	Ratsherr Ruhland	(ohne Stimmrecht)
	Ratsherrin Hälsig	(ohne Stimmrecht)
Bürgerdelegierte:	Frau Biehl	
	Herr du Moulin	ab 19.35 Uhr /teilweise TOP A 6
	Herr Heiden	
	Herr Trense	
Vertreter:	Herr Büttner	für Ratsherrn Gronninger
Protokollführerin: Verwaltung:	VA Schaap	
	OBR Kuhmann	
Gäste:	Herr Ahrends (Schulleiter Till- Eulenspiegel- Grundschule)	bis TOP A 6 anwesend
Ausschließungsgründe gemäß § 22 GO / § 75 LBG / § 81 LVwG liegen vor für:	keine	

Öffentlicher Teil

A 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

A 2. Anträge zur Tagesordnung

Zu den Tagesordnungspunkten A 12 - A 13 wird nach § 46 Abs. 8 GO beantragt, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der Bauausschuss beschließt, dem Antrag zu entsprechen.

A 3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung des Bauausschusses am 24.05.2007

Frau Hälsig stellt klar, dass es zu TOP A 6, 3. Absatz, letzter Satz sinngemäß lauten muss: „Eine dem Antrag der Fraktion B'90/Die GRÜNEN entsprechende Prüfung unter Betrachtung des gesamten Stadtgebietes ist mit dem derzeitigen Personalbestand im Stadtbauamt nicht realisierbar.“

Ansonsten werden keine Einwendungen gegen die Niederschrift erhoben.

A 4. Bericht über die Durchführung der Anträge und Beschlüsse

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

A 5. Verkehrskonzept

Es wird darüber berichtet, dass die Ratzeburger Stadtvertretung die Umsetzung der im verkehrswirtschaftlichen Gutachten favorisierten Trassenvariante Süd II beschlossen hat. Auf Nachfrage teilt Herr Kuhmann mit, dass ein Gesprächstermin zwischen der Stadt Ratzeburg und den beteiligten Gemeinden zeitnah –noch im Juni bzw. im Juli erfolgen- soll.

Die Bauausschussvorsitzende fragt nach, ob dem Stadtbauamt Informationen darüber vorliegen, dass ein LKW-Durchfahrtsverbot für die Ratzeburger Innenstadt besteht/verhängt wurde. Dieses würde insbesondere für den Bereich Mölln eine Verdrängung des Verkehrs über die Ratzeburger Straße / Schmilauer Straße zur Folge haben. Es soll eine Anfrage diesbezüglich in Ratzeburg gestartet werden.

Anmerkung der Verwaltung:

Baustellenbedingt hat die Stadt Ratzeburg ein LKW-Durchfahrtsverbot angeordnet. Mangels Alternativen ist die Ratzeburger-/Schmilauer Straße in Mölln als Umleitung ausgeschildert.

A 6. Schulberg, Verkehrskonzept

hier: Hol- u. Bringverkehr,

Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen von CDU, SPD und B'90/GRÜNE

-Vorlage vom 04.06.2007-

Die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Prüfaufträgen der einzelnen Fraktionen werden erörtert.

CDU-Antrag

Pkt.1 Der Prüfbericht wird zur Kenntnis genommen. Die geltende Beschlusslage –Ausbau Fußweg- soll schnellstmöglich umgesetzt werden.

Pkt. 2

Nach Kenntnisnahme der Prüfung seitens der Verwaltung ergeht folgender **Beschlussvorschlag:**

Die angedachte Verkehrsführung Sechseichener Weg / Schäferkamp aus dem Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion vom 17.05.2006 soll umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen

Pkt. 3 *Sperrung Wendepplatz Förderschule für den öffentlichen Verkehr*

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Pkt 4 *Einrichtung Ringstraße vor der Hauptschule*

Die Beschlussfassung wird vorerst -aufgrund des bevorstehenden Mensabaus Auf dem Schulberg- zurückgestellt. Eine Realisierung wäre derzeit nicht möglich.

Pkt.5 *Bau eines Rad- u. Fußweges parallel zum Schäferkamp*

Zur Realisierung des Vorhabens soll der B.-Plan 95 zur kommenden Ausschusssitzung als Auslegungsbeschluss eingebracht werden. Parallel sollen Gespräche mit den Eigentümern bzgl. Grunderwerb geführt werden.

SPD-Antrag

Der Prüfbericht wird zur Kenntnis genommen.

Antrag B´90/Die GRÜNEN

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Hälsig merkt an, dass vordergründig die Sicherheit der Kinder zur Diskussion stehen sollte und nicht die Schaffung von zusätzlichem Parkraum. Ordentliche Konzepte zur Schulwegsicherung sollten erarbeitet werden. Insbesondere müsste das gesamte Gebiet auf und um den Schulberg attraktiver für Fahrradfahrer –z.B. durch ordentliche Beschilderung etc. - gestaltet werden.

Frau Gehrman merkt an , dass die Sicherheit der Kinder in den Planungen zur Gestaltung der Verkehrssituation Auf dem Schulberg oberste Priorität hat und eine Lösung, die alle Beteiligten zufrieden stellt, gefunden werden muss.

A 7. Bebauungsplan Nr. 98 für das Gebiet östlich des Grambeker Wegs, südlich der Bürgermeister-Oetken-Straße, westlich der Behindertenwerkstätten, nördlich des Waldes

hier: Aufstellungsbeschluss

-Vorlage vom 23.05.2007-

Vorab erläutert Herr Kuhmann das derzeitige Planungskonzept anhand einer Zeichnung, die dem Protokoll als **Anlage** beigefügt ist.

Zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird von der Bauausschussvorsitzenden die Kostenermittlung hinterfragt.

Herr Kuhmann erklärt, dass die tatsächlichen Kosten angesetzt werden, sprich die Verwaltungs-/ und die Personalkosten – die nach Abstimmung mit der Personalabteilung ermittelt wurden-.

Beschluss:

1. Für das Gebiet östlich des Grambeker Wegs, südlich der Bürgermeister-Oetken-Straße, westlich der Behindertenwerkstätten, nördlich des Waldes wird der Bebauungsplan Nr. 98 aufgestellt. Planungsziel ist die Festsetzung eines Mischgebiets. Die Aufstellung erfolgt gemäß § 13 a BauGB im beschleunigten Verfahren.
2. Mit der Ausarbeitung des Planentwurfs, der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden soll der Bürgermeister –Stadtbauamt- gegen Kostenerstattung seitens des Investors beauftragt werden.
3. Die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung nach § 3 Absatz 1 BauGB soll durch Aushang des Plankonzeptes erfolgen.
4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Aufgrund des § 22 GO waren keine Mitglieder des Bauausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

V 8. Bebauungsplan Nr. 89 der Stadt Mölln für das Gebiet zwischen Grambeker Weg und Delvenauweg sowie westlich Delvenauweg

hier: Satzungsbeschluss

-Vorlage vom 21.05.2007-

Beschluss:

1. Die während der erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 89 vorgebrachte Stellungnahmen von privaten Personen hat die Stadtvertretung geprüft. Das Ergebnis ist der beigefügten Anlage zu entnehmen.
Der Bürgermeister - Stadtbauamt - wird beauftragt, die Personen, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 BauGB beschließt die Stadtvertretung den Bebauungsplan Nr. 89 für das zwischen Grambeker Weg und Delvenauweg sowie westlich Delvenauweg, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung sowie die zusammenfassende Erklärung gem. § 10 (4) BauGB.
3. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt.
4. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtvertretung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekanntzumachen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Bebauungsplan mit Begründung einschließlich Umweltbericht während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen

Aufgrund des § 22 GO waren keine Mitglieder des Bauausschusses von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

V 9. Regionales Einzelhandelskonzept für die Region Mölln

hier: Grundsatzentscheidung

-Vorlage vom 29.05.2007-

Angemerkt wird, dass durch die Ansiedlung eines Verbrauchermarktes in Breitenfelde Verdrängungswirkung in Mölln ausgeübt wird und Abzugsfaktor in der Kaufkraft haben wird.

Beschluss:

Die zukünftige Einzelhandelsentwicklung der Stadt Mölln soll im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit auf der Grundlage des von der CIMA GmbH erarbeiteten „Regionalen Einzelhandelskonzeptes für die Region Mölln“ vom 26.09.2006, ergänzt durch das „Verträglichkeitsgutachten für die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in Breitenfelde“ vom 27.02.2007 erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

V 10. 1. Nachtrag zum Wirtschaftsplan des Abwasserbeseitigungsbetriebes Stadt Mölln 2007

-Vorlage vom 31.05.2007-

Die Formulierung im Beschlussvorschlag ist abzuändern, da bereits am 04.06.2007 eine Beschlussfassung im Finanzausschuss erfolgt ist.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt der Stadtvertretung folgende Beschlussfassung:

Die Stadtvertretung beschließt den 1. Nachtragswirtschaftsplan 2007 des Abwasserbeseitigungsbetriebes Stadt Mölln.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

A 11. Bekanntgaben / Anfragen

11.1 4. Zukunftswerkstatt „Flächenverbrauch in der Metropolregion Hamburg“

Die Information zur Veranstaltung am 15.06.2007 wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

11.2 Schulberg, Sportanlagen / Sanierung Kunststoffflächen

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

Seitens der Bauausschussvorsitzenden wird die Frage aufgeworfen, ob der Standort der neu geplanten Sporthalle verändert werden könnte. Vorteil wäre, dass die jetzige Sporthalle bis zur Fertigstellung der neuen Halle weitergenutzt werden kann.

Anmerkung der Verwaltung:

Aus Sicht der Verwaltung bieten sich die jetzigen Kleinspielfelder nicht als Standort für eine neue Sporthalle an. Die Platzverhältnisse sind noch beengter, und die alte Sporthalle ist sowieso nur bis maximal Anfang 2009 nutzbar.

11.3 Neubau Mensa „Auf dem Schulberg“ / automatische Lüftung Speisesaal

Der Bauausschuss nimmt von der Vorlage Kenntnis.

11.4 Gymnasium / Sonnenschutz

Der Sonnenschutz des Gymnasiums ist in der letzten Schulkonferenz von Eltern und Lehrern als nicht ausreichend kritisiert worden. Insbesondere bei sonnigem, aber windigen Wetter werden die Senkrechtmarkisen (Screens) zur Vermeidung von Schäden hochgefahren und stehen nicht mehr zur Verfügung.

Das Stadtbauamt beabsichtigt nunmehr, einen Klassenraum probeweise mit Sonnenschutzfolien direkt auf den Glasscheiben nachrüsten zu lassen. Laut Herstellerangaben sind die Folien nicht als Blendschutz, aber zur Temperaturabsenkung geeignet. Referenzobjekte sind die Berufsschule am Jerusalemsberg in Lübeck oder das Berufsbildungswerk in Elmshorn.

Soweit die Sonnenschutzfolien die Situation für die Nutzer spürbar verbessern, ist die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für eine Nachrüstung der gesamten Fassade zu beraten.

11.5 Regionales Einzelhandelsforum Lübeck

Der Bauausschuss hat einer Beteiligung der Stadt Mölln am geplanten regionalen Einzelhandelsforum Lübeck grundsätzlich zugestimmt und die Bereitstellung von 1.000,-€ im Nachtragshaushalt empfohlen (BA 07/2007, TOP A7).

Zwischenzeitlich hat die IHK Lübeck anlässlich einer Auftaktveranstaltung in Reinfeld ein Finanzierungsmodell vorgelegt (Anlage), wonach die Städte zwischen 10.000 und 50.000 Einwohnern 2.520,-€ in 2007 und 900,-€ in den Folgejahren zahlen.

Trotz des höheren Betrages im Startjahr des Forums ist aus Sicht der Verwaltung eine Beteiligung sinnvoll, um gemeinsame Datengrundlagen und eine höhere Transparenz bei größeren Einzelhandelsprojekten zu schaffen. Offenkundig wird dies auch in den meisten der anderen Städte im Verflechtungsbereich des Oberzentrums Lübeck so gesehen.

Eine Erhöhung des Ansatzes im Nachtragshaushalt ist aus technischen Gründen nicht empfehlenswert, zumal auch das vorliegende Finanzierungsmodell im Laufe des Sommers noch geändert werden könnte. Daher wird die Verwaltung bei Bedarf eine überplanmäßige Ausgabe tätigen.

Eine öffentliche Unterzeichnung der Startvereinbarung ist am 20.09.2007 geplant.

11.6 Wohnmobile Schwanenhof

(zuletzt 7. BA vom 24.05.2007; TOP 9.7)

Nach Rücksprache mit den Ämtern 30 + 70 sind dort keine Probleme in Bezug auf eine Fehlnutzung des Parkplatzes durch Wohnmobile bekannt geworden. Dementsprechend wird auch kein Handlungsbedarf gesehen.

11.7 Transparent Wallstraße

(zuletzt 7. BA vom 24.05.2007; TOP 9.6)

Das Transparent hängt nach wie vor in der Wallstraße. Es wird nochmals um Abhilfe seitens des Ordnungsamtes gebeten.

11.8 Gadebuscher Straße / Gullydeckel

Nach erfolgten Filmuntersuchungen im Bereich der Kanalisation sollen die Gullydeckel in der genannten Straße offenbar nicht fest verankert sein; beim Befahren der Straße sollen diese erheblich „wackeln“.

Anmerkung der Verwaltung:

Der momentane Zustand wird behoben.

Nichtöffentlicher Teil

(Der Verlauf der nichtöffentlichen Sitzung ist in der Anlage zur Niederschrift zu den Tagesordnungspunkten A 12 - A 13 gesondert protokolliert.)

A 12. Bekanntgaben / Anfragen

12.1 Parkdeck

12.2 Wasserturm

12.3 Bundeswehrverwaltungsschule

12.4 Hauptstraße 126

A 13. Kontrolle der Verwaltung

13.1 Eingegangene Bauanträge

hier: Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens

Entsprechend den §§ 33, 34 und 35 BauGB befasst sich der Bauausschuss mit den nachstehenden Bauanträgen:

13.1.1 Neubau eines Einfamilienhauses

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.2 Werbeanlage

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.3 Wohnhausanbau und Garteneinbau

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.4 Anbau an ein Einfamilienhaus; Abbruch Garage

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.5 Wohnhausanbau

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.6 Abbruch eines Wohn- u. Geschäftshauses mit Nebengebäuden

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.7 Umbau Einfamilienhaus

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.8 Neubau eines Einfamilienhauses

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.9 Teilung eines Grundstückes und Neubau von 2 Einfamilienhäusern

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

13.1.10 Errichtung eines Kinder- u. Jugendzeltplatzes

Der Bauausschuss nimmt die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens gemäß Vorlage zur Kenntnis.

Öffentlicher Teil

A 14. Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse werden bekanntgegeben.

(Ausschussvorsitzende)

(Protokollführerin)